

Antrag 82/I/2026**AGS Berlin, Abt. 02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez****Der Landesparteitag möge beschließen:****Progressive Steuerreform: Abgaben auf Arbeit senken, vermögensbezogene Abgaben anpassen – Gremium zur Erarbeitung eines konkreten Konzepts**

- 1 1. Der Landesvorstand der SPD Berlin beauftragt ein
2 Gremium, zur Erarbeitung eines Konzepts zur um-
3 fassenden, progressiven Steuer- und Sozialabga-
4 benreform – gemäß der in der Anlage skizzierten
5 Eckpunkten. Ziel ist die erhebliche Senkung der Ab-
6 gaben auf Arbeit mindestens auf ein vergleichbares
7 Niveau des Durchschnitts der OECD-Staaten.
- 8 2. Diese Entlastungen sind in dem Konzept durch ei-
9 ne konsequente Reform vermögensbezogener Ab-
10 gaben gegen zu finanzieren: v.a. eine gerechtere Be-
11 steuerung und etwaige Miteinbeziehung bei Sozial-
12 abgaben von Erbschaft, Schenkung, Vermögen und
13 Kapitaleinkünften nach internationalem Vorbild so
14 wie die von diversen Verbänden angemahnte Schlie-
15 ßung von Steuerlücken und die Abschaffung von so-
16 genannten "Steuerprivilegien".
- 17 3. Für die Ausarbeitung dieses Konzepts ist neben ver-
18 sierten Expert*innen aus unserer Partei die Einbin-
19 dung von Expert*innen aus in Wirtschaft- und Steu-
20 erpolitik anerkannten Wissenschaftseinrichtungen,
21 Wirtschafts- bzw. Steuerverbänden, Gewerkschaf-
22 ten und zivilgesellschaftlichen bzw. internationalen
23 Organisationen vorgesehen. Eine Zusammenarbeit
24 mit anderen Landesverbänden oder der Bundesebe-
25 ne ist wünschenswert, wenn es dem Ziel des An-
26 trags dienlich ist und nicht zu größeren Hemmnis-
27 sen im Aufwand und Fortschritt führt.
- 28 4. Das fertige Konzept soll der Partei auf Bundesebe-
29 ne vorgestellt und zur Beschlussfassung vorgelegt
30 werden, mit dem Ziel, es einerseits als profilgeben-
31 de Kernforderung unserer Partei aufzunehmen und
32 andererseits, es durch entsprechende Gesetzesent-
33 würfe über die SPD-Fraktion in den Bundestag ein-
34 zubringen und über eine Regierungsbeteiligung ei-
35 ne Reform zu realisieren.

36
37 Details zum Gremium – wie Berufung, Zusammenset-
38 zung, Arbeit und Zeitachse – und zu den Eckpfeilern des
39 Reformkonzepts befinden sich in der Anlage dieses An-
40 trags. Sie sind Bestandteil des Antrags und werden nur
41 zum Ermöglichen eines einfacheren Leseflusses getrennt
42 als Anlage ausgewiesen.

43

44

45

46 **Begründung**47 **Begründung (Kurzversion):**

1) Höchste Abgaben auf Arbeit treffen auf niedrige vermögensbezogene Abgaben

Die Abgaben von Arbeit sind in Deutschland im internationalen Vergleich besonders hoch: In keinem anderen Land der 28 OECD-Staaten müssen arbeitende Menschen so viele Abgaben auf Ihr Einkommen leisten, wie in Deutschland (und Belgien). Gleichzeitig sind hierzulande vermögensbezogene Abgaben im internationalen Vergleich relativ gering und liegen deutlich unter dem OECD-Durchschnitt. Dadurch entsteht eine strukturelle Schieflage: Während Arbeit stark belastet wird, tragen große Vermögen und Kapitaleinkommen vergleichsweise wenig zum Steueraufkommen bei.

2) Niedriges Vermögen in der Breite bei höchster Verteilungsungleichheit

Die hohe Belastung erschwert vielen Menschen den Vermögensaufbau und die Vorsorge, was sich auch im vergleichsweise niedrigen Medianvermögen in Deutschland pro Kopf zeigt: Menschen in Italien und Spanien besitzen rund die Hälfte mehr und in Frankreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich sogar ungefähr doppelt so viel. Währenddessen hat Deutschland die ungleiche Vermögensverteilung im gesamten Euro-Raum zusammen mit Österreich.

3) Positiver Effekt dieser Steuerreform auf Wohlstand und Wirtschaft

Eine gezielte Steuerreform kann diesen beiden gravierenden Fehlentwicklungen in unserem Land erheblich entgegenwirken. Sie wird daher von diversen Verbänden, Expert*innenkreisen und Wissenschaftler*innen seit Jahren gefordert. Ihr Ergebnis wäre nicht nur sozial gerecht, sondern hätte auch einen starken wirtschaftlichen Effekt auf den Binnenmarkt und das Wirtschaftswachstum: Dieser wäre laut OECD stärker als die Senkung der Unternehmensgewinnbesteuerung.

4) Profil der SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit schärfen

Zudem versteht sich die SPD historisch als Partei der Arbeiter*innen. Ihr politischer Auftrag ist es, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, die durch ihre Arbeit den gesellschaftlichen Wohlstand schaffen. Mit dieser Reform wird sie eine breite Bevölkerungsschicht ansprechen können und ein klares Profil von sozialer Gerechtigkeit gepaart mit wirtschaftlichem Sachverstand unterstreichen können. Gerade angesichts der schlechtesten Bundestagswahlergebnisse seit Bestehen der Bundesrepublik, hätte diese Reform das Potential viele Wählende wieder anzusprechen und von der SPD zu überzeugen.

Anlagen zum Antrag: Begründung (Vollversion), Konkrete-

sierung zur Bildung und Arbeit des Gremiums, Konkretisierung Eckpfeiler des Konzepts

Begründung (Vollversion)

1. Die SPD als Partei der Arbeiter*innen: Entlastung und Wertschätzung

Die SPD ist von ihrer historischen Verankerung her die Partei der arbeitenden Bevölkerung und der sozialen Gerechtigkeit. Unser zentraler Auftrag ist es, **die Lebensbedingungen der Menschen, die unser Land durch ihre Arbeitstätigkeit am Laufen halten, zu verbessern** und ihnen die Möglichkeit zu geben, aus ihren Einkünften Vermögen aufzubauen, um für das Alter vorzusorgen und finanzielle Sicherheit zu erlangen für sich und ihre Familie.

Zudem geht es neben dieser monetären und fiskalen Betrachtung aber auch um eine Wertschätzung des gesellschaftlichen Beitrags der arbeitenden Bevölkerung – von Angestellten bis Selbstständigen. Eine Entlastung bei den Abgaben unterstreicht diesen Aspekt und gibt ein klares Signal: Unsere Partei und Politik richtet sich nach der Lebensrealität der breiten Bevölkerung und erkennt den Beitrag ihrer Arbeit in den vielen Bereichen unseres Miteinanders und Fortschritts wertschätzend an.

1. Höchste Abgaben auf Arbeit und niedriges Vermögen in der Breite

Allerdings stehen die aktuellen Rahmenbedingungen für die arbeitende Bevölkerung im klaren Widerspruch zu diesem Ziel: Deutschland gilt im internationalen Vergleich als **Hochsteuerland für Arbeit**. Nach einer Auswertung der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) aus dem Jahr 2023 lag die Steuer- und Abgabenlast für ein durchschnittliches Ehepaar mit Kindern bei 40,8 Prozent und für Single lag die Quote sogar bei 47,8 Prozent. Damit belegt Deutschland weltweit den zweiten Platz unter den Industrienationen.

So sehen sich Angestellte und Selbstständige zudem damit konfrontiert, dass ihr Einkommen neben den bereits steigenden Lebenshaltungskosten zusätzlich durch die hohen Abgaben aufgezehrt wird und ein Vermögensaufbau, vor allen Dingen zur Absicherung und zur Vorsorge fürs Alter, für viele Menschen kaum möglich ist. Das im Median **niedrige Pro-Kopf-Vermögen in Deutschland im Vergleich** zu unseren westlichen Nachbar*innen belegt diese alarmierende Schieflage: In Frankreich und Großbritannien hat ein/e Bürger*in (je nach zugrunde liegender Studie) im Median rund doppelt so viel Vermögen, wie in Deutschland und selbst in Italien und Spanien noch über ein Drittel mehr als hierzulande.

Es ist daher **Kern des Selbstverständnisses unserer Partei**, diese im internationalen Vergleich überdurchschnittliche Belastung der arbeitenden Bevölkerung hierzulande anzuerkennen und erheblich zu senken, um die Mitte unse-

154 rer Gesellschaft zu stärken. So kann zudem ein elementa-
155 rer Beitrag geleistet werden, einen Vermögensaufbau und
156 Vorsorge in der Breite zu ermöglichen.

157 **1. Vermögensbezogene Abgaben deutlich unter dem**
158 **Schnitt anderer Industrienationen**

159 Während die arbeitende Bevölkerung überdurchschnitt-
160 lich belastet wird, sind gleichzeitig die **vermögensbezo-**
161 **genen Abgaben erschreckend niedrig, auch im interna-**
162 **tionalen Vergleich** – bezogen auf große Vermögen, ho-
163 he Erbschaften bzw. Schenkungen und Kapitalertrag. So
164 liegt Deutschland im OECD-weiten Vergleich nur auf Platz
165 22 bei der Höhe vermögensbezogener Abgaben im Ver-
166 gleich aller 38 Industrienationen, während es bei den ein-
167 kommensbezogenen Abgaben Platz 2 ist. So kritisiert die
168 OECD in ihren Berichten beispielsweise, dass der Anteil
169 der vermögensbezogenen Steuern und Abgaben am ge-
170 samten Steueraufkommen in Deutschland mit rund 3 Pro-
171 zent weit unter dem OECD-Durchschnitt von 5 Prozent
172 liegt. Die OECD fordert daher, u.a. Vermögen stärker zu
173 besteuern, um Arbeit zu entlasten und Investitionen zu
174 stärken. Sie sieht Handlungsbedarf bei den vielen Ausnah-
175 men rund um die Erbschafts- und Schenkungssteuer für
176 Betriebsvermögen einschließlich Aktien und großem Im-
177 mobilienbesitz in Deutschland.

178 Diese "Lücken" bei vermögensbezogenen Abgaben wer-
179 den besonders bei der Betrachtung sehr großer Vermögen
180 deutlich: Hier kritisieren diverse Verbände und wissen-
181 schaftliche Einrichtungen, dass mit steigendem Vermö-
182 gen der tatsächliche Steuer-/Abgabensatz in Deutschland
183 sogar abnimmt. So ermittelten z.B. Oxfam Deutschland
184 e.V. und Netzwerk Steuergerechtigkeit, dass die Quote der
185 tatsächlichen Steuer- und Abgabenlast für Multimillio-
186 när*innen und Milliardär*innen rund 40% niedriger ist als
187 die, durchschnittlicher Mittelstandsfamilien in Deutsch-
188 land. Zudem werden von zahlreichen Verbänden, Gewerk-
189 schaften und wissenschaftlichen Einrichtungen viele wei-
190 tere steuerliche Missverhältnisse in diesem Zusammen-
191 hang kritisiert. Beispielsweise sind hier Steuerausnahmen
192 auf Immobilienvermögen oder
193 das sogenannte "Schachtelprivileg", das über Holding-
194 Strukturen ein Umgehen der Kapitalertragsteuer ermög-
195 licht, zu ergänzen.

196 Insgesamt führt dieses Ungleichgewicht in der deutschen
197 Besteuerung dazu, dass weniger als nur 20% unseres ge-
198 samten Aufkommens an Steuern und Abgaben über Ver-
199 mögen, Kapitalertrag und Unternehmensgewinnen ge-
200 tragen wird. Mit über 80% des Aufkommens müssen An-
201 gestellte und Selbstständige mit Abgaben und Steuern
202 auf Ihre Arbeit und auf Ihren Konsum den Großteil der Ge-
203 meinschaftskosten allein stemmen.

204 **1. Wirtschaftliche Vorteile: Stärkung des Binnen-**
205 **markts**

206 Eine hier angeregte Steuerreform ist nicht nur eine Frage

207 der Gerechtigkeit, sondern auch ein Motor für die Wirt-
208 schaft. **Mehr Netto vom Brutto für die breite Bevölkerung**
209 **bedeutet eine Stärkung der Kaufkraft.** Dies führt zu einer
210 Belebung der Binnennachfrage, von der auch Selbststän-
211 dige und Handwerksbetriebe profitieren. Ein starker Bin-
212 nenmarkt mit einer gestärkten Mittelschicht macht un-
213 sere Wirtschaft unabhängiger von globalen Schwankun-
214 gen und stärkt ihre Widerstandsfähigkeit. Dies ist gerade
215 in den heutigen turbulenten globalen Zeiten von großer
216 Bedeutung.

217 So betont auch die OECD in jüngsten Berichten, dass Steu-
218 ergerechtigkeit nicht im Widerspruch zur wirtschaftlichen
219 Vernunft steht, sondern ihre Voraussetzung ist. Eine Ent-
220 lastung der Arbeit verspricht laut OECD weitaus größere
221 Wachstumsimpulse als beispielsweise eine alleinige Sen-
222 kung der Unternehmenssteuern.

223 1. **Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts**
224 **und des Vertrauens in die Politik**

225 Eine umfassende Steuerreform, die das Nettoeinkommen
226 und damit die Kaufkraft der breiten Bevölkerung erheb-
227 lich verbessert, stärkt auch das **Vertrauen in die Demokra-**
228 **tie und unsere sozialdemokratische Politik.** Sie zeigt, dass
229 sich die Politik für die Belange der breiten Bevölkerung
230 einsetzt und ermöglicht den Menschen, wirkliche und er-
231 lebbare positive Veränderungen zu erfahren. Dies ist es-
232 senziell für einen starken gesellschaftlichen Zusammen-
233 halt und die Akzeptanz politischer Entscheidungen und
234 damit ein effektiver Beitrag gegen die populistischen Rän-
235 der unserer aktuellen politischen Entwicklung.

236

237 **Konkretisierung zur Bildung und Arbeit des Gremiums**

238 1. **Initiierung:** Der Landesvorstand der SPD Berlin initi-
239 iert die Bildung des Gremiums.

240 2. **Zusammensetzung intern:** Die Berliner Landesorga-
241 nisationen der Arbeitsgemeinschaften AGS, AfA, Ju-
242 sos und SPD Frauen wie auch der Landesvorstand
243 der SPD Berlin selbst nominieren je ein/e für das
244 Thema Steuer- und Wirtschaftspolitik versierte Ex-
245 pert*in für das Gremium. Die fünf Genoss*innen bil-
246 den die internen konstituierenden Mitglieder des
247 Gremiums.

248 3. **Konstituierung:** Das Gremium, bestehend aus den
249 internen nominierten Mitgliedern, konstituiert sich
250 und gibt sich eine einfache Geschäftsordnung.

251 4. **Zusammensetzung extern/Vervollständigung:** Das
252 konstituierte Gremium berät und entscheidet über
253 die Einladung Partei-externer Mitglieder. Hierzu
254 wird eine Diversität an versierten und partei-
255 übergreifend anerkannte Expert*innen aus Wissen-
256 schaft, Wirtschafts- bzw. Steuerverbänden, Gewerk-
257 schaften und zivilgesellschaftlichen bzw. internatio-
258 nalen Organisationen dringend empfohlen. Die kon-
259 stituierenden internen Mitglieder nominieren fünf

weitere, externe Mitglieder für das Gremium. Damit ist das Gremium vollständig. Das Gremium kann entscheiden, weitere interne/externe Expert*innen zu kooptieren.

5. Umfang Konzept: Das Gremium erarbeitet ein konkretes Konzept zu einer Steuer- und Abgabenreform, dieses soll beinhalten:

- Konkretisierung welche Abgaben um welchen Anteil gesenkt bzw. erhöht oder abgeschafft, verändert oder ergänzt werden sollen.
- Berechnungen der Effekte basierend auf aktuellen und prognostizierten Bedingungen mit dem Ziel, einer finanziell sich selbst tragenden, haushaltsneutralen Reform.
- Wenn möglich, eine datenbasierte Begründung, sowie weitere für eine Reform nötige Handlungsempfehlungen und Aufzeigen weiterer relevanter Potentiale von etwaigen nicht im Konzept abgedeckten Steuer-/Abgabenpotentialen, die im Weiteren berücksichtigt werden sollten, wie z.B.:
 - Betrachtung der Ausstattung und Arbeit der Finanzämter, um Potentiale aufzuzeigen, bei der effektiveren Aufdeckung und Verfolgung von Steuerhinterziehung
 - Bewertung strengerer Regeln in der Wegzugsbesteuerung aber auch anderen Mitteln wie etwa einer an die Staatsbürgerschaft gebundene Steuer-/Abgabenpflicht mit dem Ziel das generelle Entgehen von Steuern und Abgaben durch Wegzug zu verhindern
 - Prüfung einer Reformierung des Ehegattensplittings und der Privilegien bei Abgaben von Verheirateten und Lebenspartnern, besonders im Zusammenhang mit Fehlanreizen, struktureller Benachteiligung und Schaffung finanzieller Abhängigkeiten von Frauen

1. Zeitachse: Der Landesvorstand der SPD Berlin initiiert die Bildung des Gremiums bis spätestens Ende Mai 2026, die Nominierung der internen Mitglieder und Konstituierung findet bis spätestens Ende Juni 2026 statt. Die Nominierung der externen Mitglieder sollte zudem zeitnahe nach Beratung der internen Mitglieder folgen. Ein erster Zwischenbericht an den Landesvorstand und antragsstellenden Arbeitsgemeinschaft findet bis Ende Oktober 2026 statt. Ein Abschluss der Arbeit und Vorstellung des Konzeptes an Landesvorstand und die Arbeitsgemeinschaften sollte spätestens zum Jahresende 2026 anvisiert werden.

2. Budget: Dem Landesvorstand wird empfohlen, das Gremium mit einem (wenn auch kleinen) angemessenen Budget auszustatten für etwaige, zwingend notwendige Ausgaben, wie z.B. Reisekosten, Druck-

kosten, Kommunikationsausgaben. Wenn gewollt, kann das Budget durch Spendenaufrufe aufgestockt werden. Über eine Aufwandsentschädigung für die externen Mitglieder und deren Finanzierung, entscheiden die internen Mitglieder und der Landesvorstand der SPD Berlin nach eigenem Ermessen.

Konkretisierung Eckpfeiler des Konzepts

Die anvisierte, erhebliche Entlastung der Abgaben auf Arbeit für die Breite der Bevölkerung muss durch Abgaben auf besonders hohe Vermögenswerte, v.a. große Schenkungen und Erbschaften, sowie hohe Kapitalerträge auf der einen Seite und der Schließung von Steuerlücken und Steuerprivilegien auf der anderen Seite gegenfinanziert werden. Dabei soll jedoch auch der Einfluss auf die Realwirtschaft und etwaige Kapitalabwanderung berücksichtigt und Maßnahmen dahingehend bewertet werden. Wir schlagen folgende Maßnahmen vor, die zentraler Bestandteil des beantragten Steuerreformkonzepts werden sollten:

Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer: Die derzeitigen Ausnahmen für große Erbschaften und Betriebsvermögen müssen abgeschafft werden. Ein aktuell faktisch nahezu komplette Steuerbefreiung für Erben großer Firmenvermögen und unter gewissen Konstellationen auch von Familien-Stiftungen wird von diversen Verbänden gar als „verfassungsfeindlich“ eingestuft. So werden auch die Ausnahmen auf Wohnungsportfolios ab 300 Einheiten, bei denen komplette Steuerbefreiungen greifen können, scharf kritisiert. Es wird daher empfohlen, diese und weitere bestehende Ausnahmen und Privilegien kritisch zu prüfen und Lücken zu schließen. Um Liquiditätsprobleme von Unternehmen im Rahmen der Erbschaftsteuer zu vermeiden, könnten weitreichende Stundungsregelungen oder Verrentungsmodelle eingeführt werden, wie sie beispielsweise das DIW vorschlägt.

Schließung von Steuerprivilegien und -lücken bei Kapitalertrag, Immobilien und Transaktionen: Es gibt eine Vielzahl von steuerlichen Sonderregelungen und Schlupflöchern bei Steuern und Abgaben auf Transaktionen, Kapitalerträgen und Immobiliengeschäften, die den Staat Milliarden kosten. Dazu gehören etwa „Share Deals“ beim Kauf von Immobilienportfolios, die den Erwerb ohne Grunderwerbsteuer ermöglichen. Ein weiteres Beispiel ist das sogenannte „Schachtelprivileg“ in Holdingstrukturen, das Erträge aus der Veräußerung von Unternehmensanteilen nahezu steuerfrei stellt oder das Umgehen durch Stiftungen. So fordert der DGB die Abschaffung solcher „ungerechtfertigten Steuerprivilegien“ und auch das ifo-Institut befürwortet, viele dieser Regelungen und Privilegien abzuschaffen. Zudem werden nach wie vor Lücken

366 zur erheblichen Steuervermeidung bei Unternehmen vor
367 dem Hintergrund internationaler Konzernstrukturen kriti-
368 siert, wie z.B. von der OECD im Zusammenhang des so-
369 genannten „Base erosion and profit shifting“ (BEPS).

370

371 **Gerechte Besteuerung von Kapitaleinkünften:** Um die Un-
372 gleichbehandlung von Lohn- und Kapitaleinkommen zu
373 beenden, müssen Kapitalerträge, die über eine bestimm-
374 te Grenze hinausgehen, stärker zur Finanzierung des Ge-
375 meinwesens beitragen. Der persönliche Einkommensteu-
376 ersatz sollte für diese Einkommen zur Anwendung kom-
377 men, um zu verhindern, dass sie systematisch niedriger
378 besteuert werden als Einkommen aus Arbeit. Hingegen
379 sollte bei niedrigen Kapitaleinkünften eine weitere Ent-
380 lastung oder gar Befreiung bewertet werden, da dies ei-
381 ne Vorsorge und den bisher unterdurchschnittlichen Ver-
382 mögensaufbau in der breiten Bevölkerung unterstützen
383 könnte.

384

385 **Bewertung einer Vermögenssteuer:** Unser Grundgesetz
386 lässt ausdrücklich eine Vermögenssteuer zu, sie wurde je-
387 doch seit 1997 ausgesetzt. Diverse Rechtsgutachten und
388 Verbände kommen zu dem Ergebnis, dass eine Vermö-
389 genssteuer rechtlich möglich ist und zu einer Entlastung
390 der breiten Bevölkerung beitragen kann. So zeigt Oxfam,
391 dass die Vermögenssteuer in der Schweiz rund 7% des
392 gesamten Steueraufkommens ausmacht. Ihr Effekt, aber
393 auch ihre Praktikabilität und der Aufwand in der Umset-
394 zung, sind wie auch die juristische Situation demnach zu
395 bewerten.